

Offene Akademie: Stellungnahme

22. Dezember 2020

An die deutschen Vertreter*innen auf EU-Ebene
An die deutsche Bundesregierung



Einspruch: Es gibt kein Restbudget mehr!

Wir beziehen uns auf die „Stellungnahme der Scientists for Future zu den „Forderungen von Fridays for Future Deutschland an die deutschen Vertreter*innen auf EU-Ebene“ vom 2. Oktober 2020.¹ Einige von uns sind für „Scientists for Future“ aktiv. Wir stimmen überein, dass die Entwicklung des Weltklimas dramatisch ist, halten jedoch die in dieser Stellungnahme geforderten Veränderungen für unzureichend, weil sie viel Spielraum für Untätigkeit lassen.

1. Die Stellungnahme macht durchgehend das unzureichende Pariser Klimaabkommen zur Basis. Sie spricht vom „völkerrechtlich verbindlichen Klimaabkommen von Paris“. Das Abkommen ist zwar eine rechtlich bindende Vereinbarung für die unterzeichnenden Staaten, aber die unverbindlichen Formulierungen sind von wenig rechtlichem Wert, wenn man den Text betrachtet:² „Dieses Übereinkommen zielt darauf ab, ... (dass) der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen“ (Artikel 2).

Man hat ein Ziel, „Zur Verwirklichung ... sind ... ehrgeizige Anstrengungen ... zu unternehmen“ (Artikel 3), es „sind die Vertragsparteien bestrebt, so bald wie möglich den weltweiten Scheitelpunkt der Emissionen von Treibhausgasen zu erreichen ... und danach rasche Reduktionen im Einklang mit den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen herbeizuführen, um in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken ... herzustellen (Artikel 4).“

Ein Ziel zu erklären, Anstrengungen zu versprechen, bestrebt zu sein – relativ unverbindlichen Formulierungen, bloße Zielvorgaben und Willensbekundungen etc. letztlich ohne Konsequenz für nicht erfüllende Regierungen – wie soll das denn rechtlich prüfbar sein? Es gilt, den Text zu lesen und korrekt zu interpretieren und nicht etwas hinein zu wünschen, was dort nicht steht. Die Offene Akademie hat es am 14. März 2019 so bewertet: „Das Pariser Klimaabkommen beruht auf freiwilligen Selbstverpflichtungen der Länder, wie sie schon nach dem Kyoto-Protokoll von 1997 gescheitert sind ... Wir wollen eher diesen rebellischen Geist (der Jugend) unterstützen, anstatt uns auf unverbindlichen Minimalkonsens der Herrschenden zu berufen.“³

Diese Unverbindlichkeit hat seither die Bundesregierung genutzt, keine wirksamen Maßnahmen einzuleiten. Und in diesem Abkommen ist auch die Atomenergie offen gelassen, sie wird von einigen Regierungen, die unverhohlen auf Atomenergie setzen, gar als Klimaschutz ausgegeben. CO₂ Speicherung wird als eine Lösung erwähnt (Präambel), doch die unterirdische CO₂ Speicherung ist eine gefährliche Technik.

2. Der Temperaturanstieg beträgt bereits 1,2°C mit einem erkennbaren beschleunigten Anstieg. Der mittlere Temperaturanstieg der 12 Monate bis April 2020 betrug sogar 1,3°C. Es verbleibt nur noch wenig, und bei Fortsetzung werden die 1,5° bereits in wenigen Jahren gerissen.⁴

CO₂ verbleibt lange in der Atmosphäre. Auf Landmassen ist der Temperaturanstieg höher. Es haben bereits Effekte der Selbstverstärkung der Erderhitzung eingesetzt, die den Temperaturanstieg weiter beschleunigen. Beispielsweise schreitet das Abschmelzen der Polkappen voran, und das Auftauen der Permafrostböden in Sibirien hat 2020 dramatisch eingesetzt. Doch seit dem Abkommen 2015 haben die CO₂ Emissionen zugenommen. Um den Temperaturanstieg auf 1.5°C

1 <https://www.scientists4future.org/stellungnahme-fff-forderungen-an-eu/>

2 https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf

3 <http://www.offene-akademie.org/?p=835>

4 “The average global temperature in 2020 is set to be about 1.2 °C above the pre-industrial (1850-1900) level. There is at least a one in five chance of it temporarily exceeding 1.5 °C by 2024,” said WMO Secretary-General Prof. Petteri Taalas (World Meteorological Organization, “2020 on track to be one of three warmest years on record,” Press Release Number: 02122020, Wednesday, 2 December 2020; <https://public.wmo.int/en/media/press-release/2020-track-be-one-of-three-warmest-years-record>)

zu begrenzen, müsste die globale Produktion fossiler Brennstoffe zwischen 2020 und 2030 jährlich um sechs Prozent reduziert werden. Stattdessen planen die Förderstaaten eine jährliche Mehrproduktion von zwei Prozent, was bis 2030 mehr als doppelt so viel wie mit dem 1,5°C Ziel vereinbar ist.⁵ Doch auch ein Temperaturanstieg bis auf 1,5°C kann nicht akzeptiert werden.

3. Es gibt kein Restbudget mehr. Der „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC), auch als Weltklimarat bezeichnet, rechnet 2018 Szenarien durch; er kommt aber vor allem zu dem Ergebnis, dass die nationalen Zusagen aller Regierungen nur etwa die Hälfte von dem ausmachen, was er für notwendig hält, um eine Chance auf Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5°C zu erreichen.⁶ Und auch wenn diese erfolgen würden, ist die Unsicherheit groß. Wie das National Center for Climate Restoration⁷ nachweist, beruhen die Restbudgetberechnungen auf Prognosen, die die Klimaerwärmung signifikant unterschätzen.

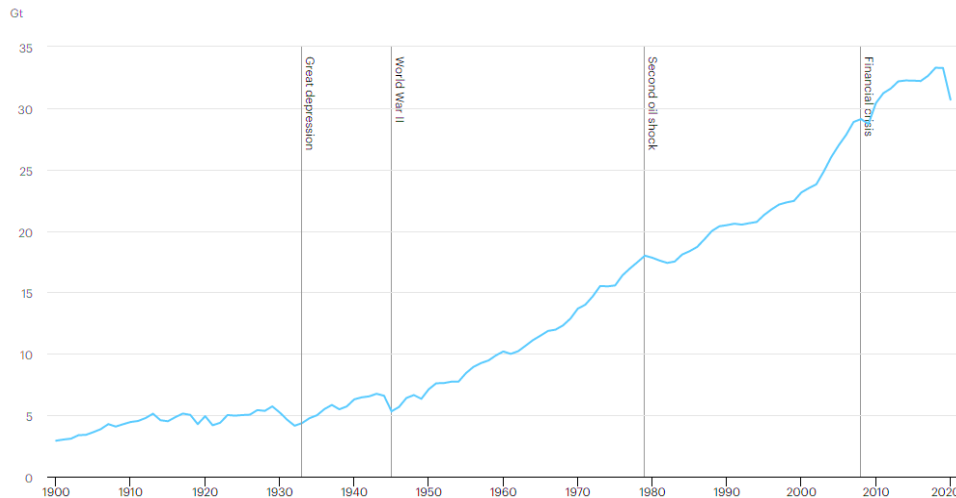


Abb. 1: Weltweite Energie-bezogene CO₂ Emissionen, 1900-2020 (aktualisiert 30 Apr 2020)⁸

Selbst die gemachten zu geringen nationalen Zusagen werden von den Regierungen nicht eingehalten, auch von der deutschen Bundesregierung nicht. In Datteln ging das größte Steinkohlekraftwerk Europas in Betrieb. Auch seit dem Pariser Abkommen geht der Anstieg der Emissionen weltweit unvermindert fort.

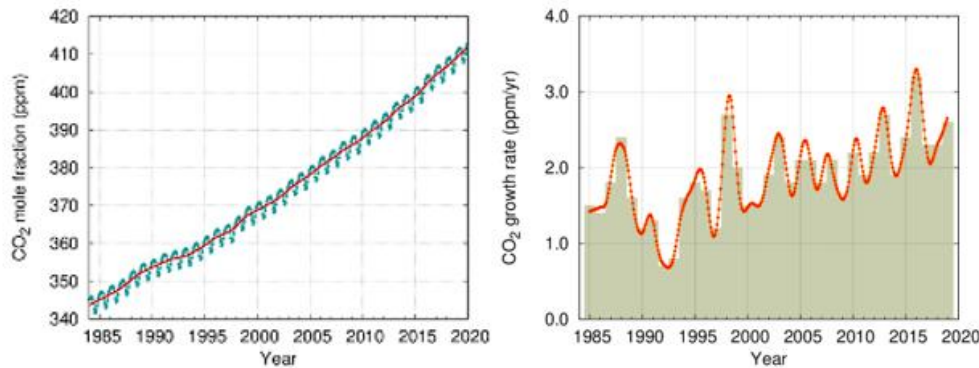


Abb. 2: Globaler durchschnittlicher CO₂-Gehalt in der Atmosphäre (links) und die Wachstumsrate (rechts) von 1984 bis

⁵ SEI, IISD, ODI, E3G, and UNEP. *The Production Gap Report: 2020 Special Report*. November 2020; <http://productiongap.org/2020report>

⁶ „Available pathways that aim for no or limited (less than 0.1°C) overshoot of 1.5°C keep GHG emissions in 2030

to 25–30 GtCO₂e yr⁻¹ in 2030... This contrasts with median estimates for current unconditional NDCs (Nationally Determined Contributions) of 52–58 GtCO₂e yr⁻¹ in 2030.“ IPCC, Special Report Global Warming of 1.5 °C; Mitigation pathways compatible with 1.5°C in the context of sustainable development; Chapter 2, Executive Summary; <https://www.ipcc.ch/sr15/chapter/chapter-2/>

⁷ What lies beneath, The understatement of existential climate risk, National Center for Climate Restoration, Melbourne, Australia, 2018; https://www.academia.edu/37620051/What_Lies_Beneath_The_understatement_of_existential_climate_risk?auto=download

⁸ International Energy Agency (IEA), Global Energy Review 2020: The impacts of the Covid-19 crisis on global energy demand and CO₂ emissions April 2020); <https://www.iea.org/reports/global-energy-review-2020/global-energy-and-co2-emissions-in-2020>

2019⁹

Ein Restbudget zu erlauben wird so ausgelegt, untätig zu sein bis es verbraucht ist. Die Formulierung „bleibt objektiv nicht mehr viel Zeit“ legt sich nicht fest, ob das noch 10 Jahre sein können. Auch die Forderung, ein maximales Budget von 20 Gigatonnen zuzulassen, dafür „würde das EU-Budget noch für etwas mehr als sieben Jahre reichen“, wird der Lage nicht gerecht, da sie wiederum als siebenjährige Untätigkeit ausgelegt werden könnte.

4. Wir brauchen Sofortmaßnahmen.

Das eingangs genannte Kriterium „politisch wie ökonomisch im Bereich des Notwendigen und Machbaren“ wird dagegen geradezu gebraucht, um Sofortmaßnahmen zu verhindern, da sie „ökonomisch“ mit der nach dem Profitprinzip arbeitenden Energiewirtschaft nicht vereinbar seien. In der Agrarpolitik sind kaum Fortschritte erreicht, weil die deutsche zuständige Ministerin mit der agrarindustriellen Lobby billigste Kompromisse eingeht. Einige Dutzend internationaler Konzerne und Staatsmonopole verantworten zwei Drittel der globalen Grünhausgasemissionen.¹⁰ Doch gerade diese Akteure müssten für die Umweltschäden zur Rechenschaft gezogen werden. Eine Stellungnahme aus der Wissenschaft darf nicht das „Machbare“, sondern muss das aus wissenschaftlichen Erkenntnissen objektiv Notwendige beinhalten. Treibhausgasemissionen müssen sofort drastisch reduziert und innerhalb von 10 Jahren auf unter 10% des heutigen Niveaus gebracht werden. Dies erfordert einen umfassenden Katalog an Sofortmaßnahmen in Industrie, Verkehr, Energiesektor, Landwirtschaft, Konsum, der die Treibhausgasemissionen weltweit in 10 Jahren um 90% senkt. Bei den entwickelten Ländern muss es mehr als bei den Ländern niedrigeren Lebensstandards sein.

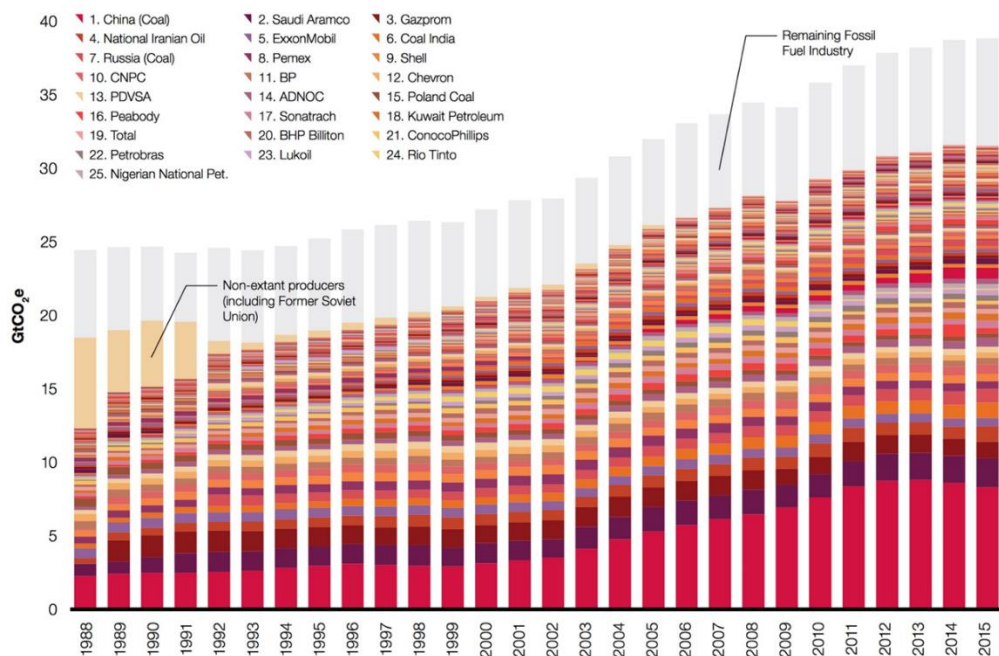


Abb. 3.: Menge der Treibhausgasemissionen der größten Energie- und Rohstoffkonzerne: Im Jahr 2015 verursachten 25 / 100 internationale Konzerne 51% / 71% der globalen industriellen CO₂ Emissionen.¹²

Weitere Faktoren, die in Wechselwirkung mit der Klimakrise stehen, wie das Artensterben, Pandemien, die Entwaldung, die Vermüllung der Meere, die Knappheit an Trinkwasser und Nahrungsgrundlagen, Kriege als Folge der Klimakatastrophe müssen in die Betrachtung einfließen¹¹. Eine Stellungnahme aus der Wissenschaft muss das formulieren, was wissenschaftlich geboten ist. Maßstab können nicht angebliche politische und ökonomische Sachzwänge sein. Diese gilt es,

⁹ World Meteorological Organization, "Carbon dioxide levels continue at record levels, despite COVID-19 lockdown," Press Release Number: 3112020, Monday, 23 November 2020; <https://public.wmo.int/en/media/press-release/carbon-dioxide-levels-continue-record-levels-despite-covid-19-lockdown>

¹⁰ Climate Accountability Institute; <https://climateaccountability.org/carbonmajors.html>
"63 percent of the carbon dioxide and methane emitted between 1751 and 2010 [is attributable] to just 90 entities. Fifty are investor-owned companies such as Chevron, Peabody, Shell, and BHP Billiton. Thirty-one are state-owned companies such as Saudi Aramco and Statoil, and nine are government-run industries in countries such as China, Poland, and the former Soviet Union."

¹¹ Franz Baumann, *Erderhitzung und Politikversagen: Die Natur ist in höchster Gefahr, die Demokratie ebenso*, April 2020; <http://www.offene-akademie.org/?p=1022>

wissenschaftlich zu hinterfragen, statt sich allein auf oben genanntes Abkommen mit unverbindlichen Minimalkonsens der Herrschenden zu berufen. Zudem ist es nicht der Sache dienlich, die zunehmende kapitalismuskritische Tendenz unter der Jugend durch Ermahnung auf das angeblich Machbare wieder in einen systemkonformen Rahmen einzuengen. Wenn „ökonomische“ Bedingungen wie die gegenwärtige Wirtschaftsordnung das Überleben der menschlichen Zivilisation nicht ermöglichen, so ist diese zu ändern. Eine wissenschaftliche Untersuchung weist nach, dass im Jahr 2017 71% der globalen CO₂ Emissionen durch die 100 größten Konzerne im Bereich Energie und Rohstoffe verursacht wurden¹². Die Klimakatastrophe kann nicht aufgehalten werden, ohne die sie verursachenden kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen. Daher wird die Kritik am Kapitalismus von uns ausdrücklich geteilt.

Erstunterzeichner:

Dr. Raed Amro, Hebron, Palästina
Dagmar Arnecke, Berlin
Prof. Dr. Marlen Arnold, Chemnitz
Prof. Dr. Helga Baumgarten, Jerusalem
Christian Bäumler, Chemnitz
Prof. Dr. Thomas Basler, Chemnitz
Vanessa Basler, Chemnitz
Siegfried Bernatek, Mannheim
Prof. Dr. Rolf Bertram, Göttingen
Dr. Günther Bittel, Duisburg
Bernd Bittenbinder, Herdorf
Prof. Karl-Dieter Bodack, Gröbenzell
Stephan Brandt, Hamburg
Prof. Dr. Bruno Burger, Freiburg
Dr. Mike Dommaschk, Erlangen
Prof. Dr. Rik De Doncker, Aachen
Bernd Ebersberger, Nürnberg
Marco Feller, Ingolstadt
Jörg Franke, Chemnitz
Prof. Dr. Rainer Frenzel-Beyme, Bremen
Dr. Rolf Gössner, Bremen
Dr. Maria Grein, Bochum
Prof. Dr. Sigmar Groeneveld, Göttingen
Manfred Hastedt, Chemnitz
Birk Heinze, Limbach-Oberfrohna
Peter Hensinger, Stuttgart
Christian Herold, Chemnitz
Tobias Herrmann, Oberding
Prof. Dr. Georg Jahn, Chemnitz
Prof. Dr. Lorenz J. Jarass, Wiesbaden
Prof. Dr. Christian Jooss, Göttingen

Dr. Hans-Ulrich Jüttner, Hamburg
Dr. Peter Kaiser, Hameln
Prof. Dr. Grit Kalies, Dresden
Christoph Klug, Recklinghausen
Prof. Aziz Kortel, Freiburg
Irene Kortel, Freiburg
Jens Kowalsky, Storkow
Prof. Dr. Josef Lutz, Chemnitz
Hartwig Mau, Essen
Traugott Nassauer, Herdorf
Jonas Norpoth, Kassel
Prof. Dr. Frank Osterwald, Kiel
Conrad von Pentz, Wilhelmshaven
Monika Rajput, Griesheim
Peter Reichmann, Gelsenkirchen
Monika Richter, Wilnsdorf
Dr. Michael Roscher, Chemnitz
Prof. Dr. Uwe Scheuermann, Nürnberg
Dr. Uwe Schilling, Nürnberg
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Hannover
Gottfried Schnabel, Göttingen
Roman Seidel, Chemnitz
Dr. Ralf Siemieniec, Villach
Tim Sievert, Göttingen
Prof. Dr. Stefan Streif, Chemnitz
Maximilian Wende, Göttingen
Dr. Rainer Werning, Frechen
Dr. Alok Weßel, Göttingen
Andreas Wölffing, Bad Salzfluren
Dr. Ulrike Wunderwald, Freiberg
Daniel Wutz, München
Prof. Dr. Jean Ziegler, Genf
Sebastian Zumdick, Münster

Aktualisiert 27.2.2021

Ansprechpartner für die Medien

Christoph Klug, Tel: (02361) 494997, E-Mail: wissenschaft_klug@web.de

Prof. Dr. Josef Lutz, Tel: (0371) 53133618, E-Mail: josef.lutz@etit.tu-chemnitz.de

•••

¹² P. Griffin, The Carbon Majors Database CDP Carbon Majors Report, 2017